

Gedanken zur militärpolitischen Lage

Autor(en): **Uhlmann, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **115 (1949)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-21703>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ALLGEMEINE SCHWEIZERISCHE MILITÄRZEITSCHRIFT

Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

Adressen der Redaktion

Allgemeiner Teil: Oberst i. Gst. E. Uhlmann, Neuhausen am Rheinfall, Zentralstraße 142

Militärwissenschaftliches: Oberst G. Züblin, Küsnacht ZH, Buckwiesenstraße 22

Gedanken zur militärpolitischen Lage

Das Rüsten geht in der ganzen Welt ungehemmt weiter, hüben und drüben des Eisernen Vorhanges. Die Annahme des Atlantikpaktes in Washington hat dem gesamten Westen die feste Basis für den militärischen Auf- und Ausbau geschaffen. Die *Vereinigten Staaten* behalten dabei eindeutig die Initiative. Das Kreditkomitee des amerikanischen Repräsentantenhauses genehmigte am 9. April das größte Militärbudget der USA in Friedenszeiten. Für das Fiskaljahr 1949/50 sind Ausgaben in der Höhe von 15,9 Milliarden Dollars vorgesehen. Dieser Kredit überschreitet die von Präsident Truman geforderte Summe um 500 Millionen Dollars, ein Beweis, daß der Einfluß der Militärkreise im Parlament gewichtig ist. Das neue Militärbudget übersteigt die Militärkredite des vergangenen Jahres um mehr als 5000 Millionen Dollars. Der größte Teil der Militärausgaben entfällt auf die Luftwaffe, die in einem ersten Sprung auf 58 und später auf 70 Geschwader ausgebaut werden soll. Der für 1949/50 vorgesehene Kredit wird die Luftwaffe in die Lage versetzen, rund 10 000 Flugzeuge der ersten Linie zu unterhalten und weitere 2600 Apparate modernster Art in Auftrag zu geben. Die Streitkräfte werden, die Reserve inbegriffen, auf einen Totalbestand von $4\frac{3}{4}$ Millionen Mann gesteigert. Der Waffenentwicklung wird höchste Bedeutung zugemessen. Für die Großzügigkeit der Vereinigten Staaten ist bezeichnend, daß zu Forschungszwecken und zum Studium

neuer Waffen 530 Millionen Dollars ausgesetzt werden. Bei uns hat das Parlament die Ausgaben für kriegstechnische Forschungen und Entwicklungen um eine Million auf elf Millionen Franken heruntergemarkt.

Neben der hochgerüsteten Sowjetunion, die seit dem Zusammenbruch Deutschlands ihr Kriegspotential ununterbrochen steigerte, können nur die Vereinigten Staaten dank ihrer finanziellen und industriellen Riesennittel als militärisch ebenbürtige Macht angesprochen werden. Immerhin ist festzustellen, daß infolge der weitgehenden Demobilmachung der USA die amerikanischen Landstreitkräfte auf einen Stand gesunken sind, der sichtlich demjenigen der Roten Armee unterlegen ist. Die gewaltigen Kredite ermöglichen nun allerdings eine kräftige Wiederaufrüstung. Es wird jedoch einige Zeit dauern, bis die Vereinigten Staaten den Rückstand aufgeholt haben. Eine amerikanische Überlegenheit besteht heute aber durch den Besitz der Atombombe und durch das Vorhandensein hervorragend leistungsfähiger Bombardierungsflugzeuge wie der B 36. Die amerikanischen Luftwaffenspezialisten warnen aber davor, dieser Überlegenheit kriegsentscheidende Bedeutung beizumessen.

Eine eindeutige Unterlegenheit in der Luft und auf der Erde liegt gegenüber der Sowjetunion seitens der westeuropäischen Staaten vor. Das militärisch schwache *Westeuropa* hat nun durch den Atlantikpakt eine Stärkung erfahren, die sich in verschiedener Hinsicht auf die Wehrkraft des Westens positiv auswirkt. Der Paktabschluß gab den im Brüsselerpakt zusammengeschlossenen Staaten (Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg) vor allem die Möglichkeit, den Vereinigten Staaten ein Gesuch um Lieferung von Rüstungsmaterial zu stellen. Um dieser Hilfe teilhaftig zu werden, konnten die Gesuchsteller auf respektable eigene militärische Konzentrationsbemühungen hinweisen. Die Staaten der Westunion haben sich militärisch zu einer festen Organisation mit einem gemeinsamen Stab unter Leitung von Feldmarschall Montgomery zusammengeschlossen. Die Verteidigungsminister der Westunion treffen sich periodisch zur Festlegung der militärischen Richtlinien. Am Schlusse der letzten, am 8. April im Haag zu Ende gegangenen Geheimsitzung wurde in einem amtlichen Communiqué unter anderm folgende wichtige Entwicklung zur Kenntnis gegeben: «Die Verteidigungsminister der Brüsseler Allianz haben einen Plan für die Verteidigung Westeuropas gutgeheißen und die von jedem der fünf Länder zur Verwirklichung dieses Planes zu treffenden Maßnahmen bestimmt. Die Verteidigungsminister haben auch gewisse detaillierte Vorschläge für die Verteilung der Beiträge in Form von Streitkräften und Rüstungsprodukten unter den fünf Nationen geprüft und angenommen. Sie haben dem Komitee der Stabschefs und dem Ausschuß für Beschaffung

von Rüstungsmaterial Instruktionen über die nächsten Maßnahmen, die zur Erreichung der vollständigen Solidarität und Vereinheitlichung der Verteidigungsorganisation der fünf Mächte nötig sind, erteilt.» Diese Verlautbarung zeigt den klaren Willen der europäischen Gründerstaaten des Atlantikpaktes zur Schaffung eines festen militärischen Blockes des Westens. Da Italien, Dänemark und Norwegen sich ebenfalls um Rüstungshilfe an die Vereinigten Staaten wandten, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis diese drei Staaten, die auch dem Atlantikpakt angehören, sich militärisch in die Front des Westens eingliedern.

An der Erfüllung des Rüstungsgesuches durch die Amerikaner ist kaum zu zweifeln. Die Regierung in Washington hat die grundsätzliche Zustimmung bereits zugesichert. Die USA haben alles Interesse, ihre «Verteidigungslinie am Rhein» so stark als möglich zu gestalten. So ist anzunehmen, daß durch amerikanische Rüstungslieferungen die europäischen Armeen in absehbarer Zeit kräftig mit modernem Material dotiert und damit eine rasche Verstärkung erfahren werden. Die Vereinheitlichung der Bewaffnung kann für Produktion, Nachschub und Ausbildung nur größte Vorteile bieten.

Auch die nicht dem Atlantikpakt angeschlossenen, aber westlich des Eisernen Vorhanges liegenden Staaten bemühen sich, ihre Wehrbereitschaft zu vervollkommen. So ist *Schweden* daran, vor allem seine Luftwaffe auszubauen. Die schwedische Armee hat seit Kriegsende bereits 1000 neue Flugzeuge erworben. Der Verteidigungsminister verlangte soeben vom Parlament einen neuen Kredit von 62 Millionen Kronen zur Beschaffung von 90 weiteren Jagdflugzeugen. Zur Begründung führt die Regierung aus, daß die Luftwaffe dank ihrer sofortigen Einsatzbereitschaft und ihrer großen Anpassungsfähigkeit die erste Verteidigungslinie Schwedens darstelle. In der schwedischen Landesverteidigung ist somit der Luftwaffe klar die Rolle des operativen Einsatzes als Kampfmaschine zugewiesen. Die Diskussion über diese Konzeption hat sich allerdings noch nicht erschöpft.

Auch *Finnland* versucht, im Rahmen der Möglichkeiten des Friedensvertrages sein Wehrwesen zu verstärken. Den Finnen ist eine Armee von 41 900 Mann im Maximum bewilligt. Reserven sind nicht gestattet. Finnland will bei Einführung einer neunmonatigen Dienstpflicht den Maximalstand erreichen. Es wird eine weitgehende Dezentralisierung der Mobilmachung angestrebt, um gegen Luftlandeoperationen möglichst rasch reagieren zu können. Neben der Kriegsakademie für Berufsoffiziere ist neu die Schaffung einer Offizierschule für begabte Unteroffiziere mit vierjähriger Ausbildungsdauer in Aussicht genommen. Die berühmte Frauenhilfsdienst-Organisation der «Lottas», die bisher auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhte, soll durch obligatorischen Wehrdienst der Frauen dauer-

haft gestaltet werden. Es handelt sich für Finnland bei dieser gesamten Wehrorganisation vorläufig um Pläne, die eine Spezialkommission zuhanden des Wehrministers ausarbeitete. Man kann aber annehmen, daß diese Vorschläge im allgemeinen den Auffassungen der Regierung und der nicht kommunistischen Volksmehrheit entsprechen und deshalb zur Hauptsache realisiert werden dürften.

Norwegen kommt infolge seiner geographischen Lage in einem militärischen Kräftemessen zwischen dem Osten und dem Westen eine ungewöhnlich große Bedeutung zu. Für den Erfolg des Atlantikpaktes ist der Einbezug der ausgedehnten Küste Norwegens, die von der Nordsee bis weit über den nördlichen Polarkreis hinausreicht, von Lebenswichtigkeit. Nachdem sich Norwegen trotz seiner Nachbarschaft mit der Sowjetunion für den Westen entschieden hat, dürfte Norwegen seiner strategischen Wichtigkeit wegen in der militärischen Unterstützung durch die USA eine Vorrangstellung einnehmen. Die Norweger bemühen sich aber auch selbst um die Verstärkung ihrer Landesverteidigung. Die Armee ist im vollen Aufbau. Mit neuen Krediten sollen möglichst viele kriegswichtige Objekte und Anlagen in bombensicheren Unterständen und Kavernen untergebracht werden.

Alle diese Bemühungen zur Vervollständigung der Rüstungen und zum Ausbau der Landesverteidigung sind eine Auswirkung der Gefahr eines dritten Weltkrieges. Der Westen empfindet die unaufhörliche und gewaltige Stärkung des Kriegspotentials und der Politik der Sowjetunion als eine Bedrohung. Andererseits bezeichnet Moskau die militärischen Maßnahmen des Westens als eine Akkumulierung von Gefahren und Gefährdungen. Jedenfalls treibt die Welt einer Situation entgegen, in der es nur eines kleinen Funkens bedarf, um einen neuen Weltbrand zu entfachen. Der Konfliktstoff entlädt sich ja heute schon und seit langem in kriegerischen Auseinandersetzungen. Es herrschte und herrscht Krieg in Griechenland, in China, in Indochina, in Palästina, in Burma, in Indonesien. Die UNO, die nach dem zweiten Weltkrieg die Aufgabe der Friedenswahrerin und Friedensstifterin hätte übernehmen sollen, hat sich längst als hilf- und kraftloses Gebilde erwiesen. Es steht heute fest, daß die Vereinten Nationen nie in der Lage sein werden, einen ernststen Konflikt der Großmächte zu schlichten. Aus dieser Erkenntnis resultiert das Bestreben aller Staaten, sich allein oder in gemeinsamer Anstrengung gegen die mögliche Bedrohung und Gefährdung zu schützen und zu wehren.

Diese gespannte welt- und militärpolitische Lage zwingt auch die Schweiz, Stellung zu beziehen. Man ist sich bei uns bewußt, daß Gefahren vorhanden sind, auch wenn kein Volk den Krieg will. Der Chef des Eid-

genössischen Militärdepartementes hat anfangs April in einer Rede über die Kriegsgefahr betont, daß auch mit Unvernunft und mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß der überpannte Bogen brechen könnte. Man hat nicht immer den Eindruck, daß unser Volk die Situation richtig beurteile. Man gibt sich bei uns vielfach noch einer großen Sorglosigkeit und spekulativen Einschätzung hin. Man hört in weiten Kreisen immer wieder die schöne Selbsttröstung, es denke kein Staat an eine Bedrohung der kleinen Schweiz, oder, falls wir angegriffen würden, werde man uns unverzüglich helfen. Es ist nötig, vor solchen Illusionen zu warnen. Wir wollen hoffen, daß wir in einem eventuellen nächsten Weltkonflikt noch einmal verschont bleiben. Aber es besteht nicht die geringste Gewähr, daß wir wirklich verschont bleiben. Es liegt jedoch in unserer Macht, dafür zu sorgen, daß das Ausland unsere politische und militärische Widerstandskraft möglichst hoch einschätzt und uns aus einer solchen Einschätzung heraus respektiert.

Diese Respektierung hängt von verschiedenen Voraussetzungen ab. Das Ausland muß vor allem unsere *Neutralität* wirklich ernst nehmen. Dies wird nur der Fall sein, wenn wir den Anschluß an jeglichen Pakt ablehnen. Jede fremde Regierung und jeder fremde Generalstab muß überzeugt sein, daß wir uns, solange man unsere staatliche Integrität respektiert, strikte neutral verhalten und in keinen Block oder keine Front einschließen lassen. Die ganze Welt muß anderseits aber auch wissen, daß wir uns in der ersten Stunde eines allfälligen Angriffs die volle Freiheit des Handelns vorbehalten. Im Ausland muß überdies Klarheit darüber bestehen, daß wir militärisch auf eigenen Füßen stehen wollen, daß wir für den Auf- und Ausbau der Armee und für die Gestaltung der gesamten Landesverteidigung die alleinige Verantwortung übernehmen. Nur so haben wir die Gewähr, daß man unsern Willen zur Aufrechterhaltung der Neutralität aus eigener Kraft respektiert und anerkennt.

Man gibt sich aber bei uns oft zu wenig Rechenschaft, daß diese Verantwortung schwere Verpflichtungen auferlegt. Es mag relativ einfach sein, die politische Neutralität des Staates zu gewährleisten. Aber es ist außerordentlich schwer, die Neutralität derart zu untermauern, daß sie als bewaffnete Neutralität Respekt abnötigt. Man steht dieser Forderung in unserem Volke oft recht naiv gegenüber. Dem Grundsatz, militärisch auf eigenen Füßen stehen zu wollen, ist beispielsweise die Basis entzogen, wenn man durch das Waffenausführverbot unserer Industrie eine weit gepannte Entwicklung und Produktion verunmöglicht. Die Kürzung des Kredites für die kriegstechnische Forschung durch das Parlament läßt auch nicht auf Anerkennung dringlichster Bedürfnisse der Landesverteidigung schließen.

Wenn der Bund sich nicht bereitfindet, der exportgedrosselten Rüstungsindustrie Entwicklungsbeiträge zu zahlen oder größere Produktionsposten abzunehmen, werden wir rasch die Möglichkeit eingebüßt haben, den Heeresbedarf aus eigener Kraft zu beschaffen.

Ein weiteres ist zu beachten. Im Hinblick auf die gespannte internationale Lage bleibt die Notwendigkeit der steten *militärischen Bereitschaft* bestehen. Es erweist sich heute als einwandfrei richtig, daß man sich nach 1945 für die schrittweise Anpassung an die neuen Bedürfnisse und Verhältnisse entschlossen hat. Aber es fragt sich doch, ob man im Tempo des Ausbaus das richtige Zeitmaß einhält. Man wird sich kaum der Illusion hingeben können, daß der Friede auf Jahrzehnte hinaus gesichert sei. Es scheint im Gegenteil notwendig, wichtige materielle und organisatorische Entscheide bald zu treffen. Denn bis zur Verwirklichung werden immer noch zwei bis drei Jahre vergehen.

Auch für unsere Verhältnisse war es wie für Schweden richtig, die *Flugwaffe* durch Beschaffung neuer Jagdflugzeuge zu modernisieren und zu verstärken. Unsere Landesverteidigung würde ohne Luftwaffe wenig Eindruck machen. Im Zukunftskrieg wird neben dem Einsatz der Flieger der Erdtruppe weiterhin große Bedeutung zukommen. Es ist mit starkem Panzer- und Artillerieeinsatz zu rechnen. Besonders dringlich geworden ist deshalb die Verbesserung und der Ausbau der *Fliegerabwehr* und der *Panzerabwehr*. In dieser Richtung sind rasch Entscheide fällig. Man wird sich auch nicht scheuen dürfen, offen und deutlich zu sagen, daß eine wirksame Panzerabwehr unbedingt die Beschaffung gepanzerter Waffen erfordert.

Als aktuelles Problem steht sodann die *Heeresreform* in Diskussion. Es handelt sich vor allem darum, die Organisation der Armee den neuzeitlichen Anforderungen anzupassen. Man wird über Einzelfragen erst diskutieren können, wenn das Projekt in den großen Richtlinien vorliegt. Heute ist man lediglich in der Lage, zu grundsätzlichen Fragen Stellung zu nehmen. Da ist vor allem einmal festzuhalten, daß bei jeder Lösung der Heeresreform ein Grundsatz unantastbar im Vordergrund stehen muß: die *Kriegstauglichkeit* der Armee. Es wird da und dort die Ansicht vertreten, daß eine Heeresorganisation, die anders aussieht als die Kriegsgliederung, für die Ausbildungsperiode der Friedenszeit günstiger sein könnte. Wir haben aber nicht eine Armee für den Ausbildungsdienst zu schaffen, sondern eine Armee, die fähig ist, Krieg zu führen und den Krieg zu bestehen. Unter Berücksichtigung des totalen Krieges ist die Armee zweckmäßig in die totale Landesverteidigung einzubauen. Es darf aber nicht so sein, daß der Armee, die sich mit dem Angreifer zu schlagen hat, durch Entzug wichtiger Teile

die Kraft abgezapft wird. Die Feldarmee, die den eigentlichen Kampf führen soll, darf nicht zugunsten von Hilfsorganisationen geschwächt werden. Denn die Widerstandskraft der Schweiz wird das Ausland in erster Linie unter Würdigung der Schlagkraft der Armee beurteilen. Die beste Wirkung erzielt die Armee dann, wenn sie durch ihre Existenz den Krieg dem Lande fernzuhalten vermag. Jede Schwächung der Armee muß diese Wirkung nachhaltig beeinträchtigen.

Es gilt deshalb eine Lösung zu finden, die unsere Armee als scharfes kriegstaugliches Instrument in Erscheinung treten läßt. Je stärker die Aufsplitterung in Einzel- und Nebenorganisationen, desto geringer die Schärfe des Instrumentes. Ziel und Aufgabe der Organisation und Ausbildung müssen sein, die Armee für den Ernstfall bereit zu haben. Als Gradmesser kann einzig die Kriegstüchtigkeit gelten. Jede andere Rücksichtnahme führt zu Illusionen, die Armee und Volk im Kriege teuer zu bezahlen hätten. U.

Probleme der Aushebung

Von Oberst E. Moccetti ¹

Die Arbeit des Aushebungsoffiziers verschwindet fast ganz im großen Verwaltungsbetrieb der Armee. Es ist kaum bekannt, welche Bedeutung seiner Arbeit zukommt und welchen großen Einfluß sie unmittelbar auf die Qualität des Heeres ausübt.

Die Aushebungsergebnisse unterliegen gewöhnlich von zwei Seiten her einer an sich verständlichen Kritik. Diese geht einerseits von den Stellungspflichtigen aus, die begrifflicherweise ihre Wünsche über die Bedürfnisse der Armee stellen; andererseits von den Dienstabteilungen, die sich bei der Zuteilung benachteiligt fühlen, weil sie den Eindruck haben, den besonderen Anforderungen ihrer Waffe werde nicht genügend Rechnung getragen. Abgesehen von diesen einander widersprechenden kritischen Äußerungen zeigen weder die Öffentlichkeit noch die militärischen Kreise ein großes Interesse für die Aushebung. Es scheint deshalb nicht überflüssig, nach den Gründen zu forschen, die einerseits die Befriedigung der Wünsche der Rekruten verhindern und andererseits die Erfüllung der Anforderungen der Waffengattungen erschweren.

Durch die sanitärische Untersuchungskommission werden *rund 80 %* der Stellungspflichtigen *diensttauglich* erklärt. Bei einem so hohen Prozent-

¹ Dieser Aufsatz wurde auch in der «Rivista Militare della Svizzera Italiana» veröffentlicht.